

Signatur:	2026.SR.0342
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Debora Alder-Gasser (EVP), Raffael Joggi (AL), Lukas Wegmüller (SP), Raphaël Karlen (FDP), Mirjam Roder (GFL), Michelle Steine- mann (Mitte)
Mitunterzeichnende:	Nik Eugster, Ursula Stöckli, Lukas Schnyder, Damian Fenner, Vera Zotter, Cemal Özçelik, Jacqueline Brügger, Judith Schenk, Evelyne Grieb, Szabolcs Mihályi, Emanuel Amrein, Bernadette Häfliger, To- bias Sennhauser, David Böhner, Michael Ruefer, Carola Christen, Tanja Miljanović, Simon Gyger, Laura Curau, Andreas Egli
Einreichtdatum:	15. Oktober 2026

Postulat: Transparenz als zentralen Schritt in Richtung digitale Souve- ränität

Prüfauftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen:

1. wie bei bestehenden und zukünftigen Digitalisierungsprojekten eine aussagekräftige und nachvollziehbare Übersicht über technologische und vertragliche Abhängigkeiten, den damit verbundenen mittel- und langfristigen Folgekosten sowie den Kosten bei einem Anbieterwechsel sichergestellt werden kann, so dass diese bei strategischen, finanziellen und technologischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden.
2. mit welchen konkreten Massnahmen, Zuständigkeiten und verbindlichen Vorgaben die Erfassung und regelmässige Aktualisierung dieser Abhängigkeiten und, Folgekosten sowie Anbieterwechselkosten in den relevanten Prozessen – insbesondere Beschaffung, Projektmanagement, Vertragsmanagement sowie Erneuerung von IT-Systemen - sichergestellt und somit Transparenz systematisch erweitert werden kann.
3. bei welchen Technologieentscheidungen (z.B. in der Beschaffung, Vertragsverlängerungen, Systemablösung) in den nächsten 10 Jahren Weichenstellungen in Bezug auf digitale Souveränität anstehen und diese demnach auch ausgebaut werden könnte.
4. ob bei jedem Geschäft, welches im Zusammenhang mit digitaler Souveränität steht, Abhängigkeiten, Alternativen und Anbieterwechselkosten als fixe Bestandteile konsequent in Stadtratsvorträgen aufgenommen werden können.

Begründung

Digitale Souveränität ist in aller Munde. Laut Netzwoche wurden seit 2017 auf allen Staatsebenen mehr als 40 Vorstösse zur digitalen Souveränität eingereicht. Auch der Gemeinderat bestätigt in seiner Antwort zur Interpellation 2026.SR.0045 die Wichtigkeit dieses Anliegens.

Abhängigkeiten von internationalen Grosskonzernen sind auch in der Stadt Bern eine Realität und wurde in der Antwort der oben genannten Interpellation ausgeführt. Laut den Ausführungen stiegen die Lizenzkosten für die Stadt Bern in den vergangenen 10 Jahren um rund 1.8 Millionen auf rund 3.3 Millionen für das Jahr 2025. Ausserdem werden auch in der Stadt Bern Aufträge aufgrund von Abhängigkeiten freihändig vergeben. Jüngstes Beispiel dafür ist die Neptune Lizenzierung 2027-2031.

Digitale Souveränität beginnt mit Transparenz und sie bedeutet die Handlungsfähigkeit von Akteur:innen, notabene der Stadt Bern zu stärken.

Um Transparenz zu fördern hat die Stadt Biel beispielsweise laut Hélène Mourgue d'Algue (CIO der Stadt Biel) unterdessen 95% seiner Systeme und Schnittstellen modelliert. Denn um digitale Handlungsfähigkeit zu gewinnen ist der erste Schritt, die eigenen Systeme, Daten und Abhängigkeiten zu kennen.

Zentral in Sachen Transparenz ist ebenfalls, Alternativen zu kennen und entsprechend zu prüfen, aber auch längerfristige Folgekosten von Abhängigkeiten oder einem zukünftigen Anbieterwechsel zu kennen und transparent auszuweisen. Da digitale Souveränität ein langfristiges Ziel ist, ist es

weiter grundlegend, im Sinne einer langfristigen Planung aufzuzeigen, wann relevante Entscheidungen anstehen, mit welchen die digitale Souveränität gestärkt werden könnte.

Das Ziel des vorliegenden Postulats ist, Transparenz als ersten Schritt zur digitalen Souveränität voranzubringen und somit Voraussetzungen für weitere Schritte in Sachen digitale Souveränität zu schaffen.

Quellen:

<https://www.netzwoche.ch/news/2026-01-15/warum-die-schweiz-jetzt-mehr-in-digitale-souveraenitaet-investieren-sollte>

<https://www.netzwoche.ch/news/2026-06-12/digitale-souveraenitaet-beginnt-mit-transparenz>

<https://www.watson.ch/wirtschaft/schweiz/346651829-m365-abhaengigkeit-zuerich-testet-open-source-alternative>